

Datum:	16.09.2020
Beginn:	19:01 Uhr
Ende:	21:28 Uhr
Ort:	Gemeindesaal, Eichhornstr. 4 – 5
Anwesende	Frank Deichmann, Heiko Flieger, Hardy Pöschk, Kerstin Rubenbauer, Steffen Eberst, Bodo Bredow, Michael Rohde, Eris Karin Lehmann-Menge, Marco Weinowski
Gäste	Herr Quasdorf (ab 19.05 Uhr), Herr Dr. Weßlau, Herr Reif-Dietzel (Institut für Urbanistik), Kathrin Adaszewski (Protokollführerin)

TOP 1 – Geschäftsordnung

- *Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit*
- *Feststellung der Tagesordnung*
- *Bestätigung der Niederschrift der letzten Ausschusssitzung vom 10.02.2020*

Herr Deichmann begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest. Entschuldigt sind die Herren Calov, Sperling und Reiber. Die Tagesordnung und das letzte Protokoll vom 10.02.2020 werden bestätigt.

TOP 2 – Informationen des Bürgermeisters, der Vorsitzenden der Gemeindevertretung, der Verwaltung, der Fraktionen, des Ortsbeirates Pätz

- Entfällt -

TOP 3 – Anfragen von Mitgliedern der Gemeindevertretung

- Entfällt -

TOP 4 – Kommunalrichtlinie Klimaschutz als Chance für Kommunen zur Haushaltskonsolidierung, Stadtentwicklung und lokalen Wertschöpfung

Herr Deichmann stellt Herrn Diplomeologe Reif-Dietzel vom Deutschen Institut für Urbanistik vor. Er ist als Fördermittelberater für Kommunen hinsichtlich der Kommunalrichtlinie Klimaschutz im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit tätig.

Herr Reif-Dietzel hält einen ca. 20-minütigen Vortrag über die BMU-Kommunalrichtlinie und weiteren Förderoptionen im kommunalen Klimaschutz. Zur Veranschaulichung wird dem Protokoll eine umfangreiche Präsentation beigelegt.

Herrn Deichmann sagt im Anschluss, dass er ein Gespräch mit dem Bürgermeister von Treuenbrietzen, Herrn Michael Knappe hatte. Dieser ist schon seit vielen Jahren in dieser Sache tätig. Sie haben mit einer Sanierung der gesamten Straßenbeleuchtung begonnen. Treuenbrietzen ist eine Stadt mit ca. 7.500 Einwohnern und verfügt über einen Haushalt von 13 Mio. Euro. Mit dieser Umrüstung spart er jährlich bis zu 60.000 Euro an Stromkosten ein. Wichtig ist Herrn Deichmann, dass Radwege, touristische Konzepte oder auch kommunale Gebäude und Liegenschaften gefördert werden. Mit Blick auf den Ausbau unseres Vereinshauses zur KITA: In Lübbenau habe man z.B. ein ehemaliges Schulobjekt aus der DDR über eine Fördermaßnahme energetisch saniert und am Ende eine Einsparung von 66% der Energiekosten erreicht (Link: <https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/%C3%96ffentliche-Einrichtungen/Kommunale-Unternehmen/Kommunale-Geb%C3%A4ude/Fallbeispiele/Integrations-Kita-L%C3%BCbbenau/>).

Herr Reif-Dietzel antwortet auf Anfrage von Herrn Flieger, dass bundesweit seit 2008 über 1.000 Personalstellen für Klimaschutzbeauftragte in Kommunen gefördert wurden. Gesucht werden unter anderem Energieexperten, Ingenieure aber auch Experten in der Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Prozessmanagement bis hin zu Kenntnissen der öffentlichen Verwaltung. Das Spektrum an Leuten ist sehr breit zu wählen (z.B. Geografen, Raumplaner, Ingenieure bis hin zu Kommunikationswissenschaftlern). Das konkurriert natürlich auch mit dem freien Markt, eine schwierige Abwägung ist auch, welche Gehaltsstufe bei einer Stellenausschreibung zu wählen (variiert zwischen EG 9 und 14, i.d.R. EG 11). Angesichts einer Förderquote von 90% ist es sinnvoll, die Entgeltgruppe höher anzusetzen, um eine fähige Person zu finden.

Herr Quasdorf sagt, dass es momentan keinen Platz gibt, um einen Klimabeauftragten zu beschäftigen. Man sei aber trotzdem klimatechnisch auf einem guten Weg. Bestensee habe bereits 75% der Straßenbeleuchtung und die Landkostarena umgerüstet, auf der Feuerwehr eine Photovoltaikanlage errichtet und eine Zapfsäule für Elektroenergie. Wenn noch einige Dinge umgesetzt werden, schaffe man auch Voraussetzungen, um Förderanträge zu stellen, z.B. das Bahngrundstück wäre ein idealer Standort, um den dringend benötigten Bereich der Parkplätze für Fahrräder zu erweitern. Förderfähig und gefördert werden sei jedoch ein großer Unterschied. Der Bund fördert Kitas und Schulen bis zu 80%, gibt es aber an das Land, das Land fördert bis zu 70%, gibt es an die Landkreise, die Landkreise fördern bloß noch 60% und bekommen haben wir von 4,3 Mio. ganze 16%. Da steckt ein enormer Arbeitsaufwand dahinter. Wir werden uns aber mit der Thematik weiter befassen.

Herr Deichmann fragt, ob bei diesen Maßnahmen Förderanträge gestellt wurden, Anträge bearbeitet wurden und welche Ersparnis damit erreicht wurde. Herr Quasdorf antwortet, dass für die Elektrozapfsäule ein Antrag gestellt wurde. Bei der Abrechnung habe man dann im Förderanteil die Zeit aufgerechnet, die benötigt wurde, um den Antrag zu stellen und abzurechnen. Als man bei ca. 1.000 Euro über dem Schnittpunkt war, habe man die Förderung zurückgegeben.

Herr Reif-Dietzel ergänzt, dass Kommunen sich genau überlegen müssten, wo es Sinn macht, einen Antrag zu stellen. Er habe die Erfahrung gemacht, dass gerade die Kommunen in den neuen Bundesländern mit ihren Anträgen recht bescheiden sind.

Die Hilfsangebote seien jedoch attraktiv wie nie und das Thema komme auch in der Bevölkerung gut an. Zum Thema Fahrradabstellanlage in Bahnhofsnähe gibt es z.B. die Bike & Ride-Offensive, wo das BMU mit der DB Station Service einen Kooperationsvertrag geschlossen hat, dass Kommunen einen zentralen Ansprechpartner bei der DB bekommen. Die DB Station prüft bei Anfrage, welche Bahnflächen verfügbar wären, würde diese kostenlos überlassen für eine Fahrradabstellanlage mit einem entsprechenden Gestattungs- und Nutzungsvertrag. Die Pflege der Plätze müsste von der Gemeinde gewährleistet werden. Sodann könne man einen 85%igen Förderbonus für eine Fahrradabstellanlage bekommen. Als weiteren Unterstützungspunkt hat die DB Station eine Sammelausschreibung für 3 verschiedene Fahrradabstellanlagen gemacht.

Frau Lehmann-Menge sagt, es müsse substantiell erst mal klar sein, was wir überhaupt wollen. Sie fragt, wie das mit der Förder-Patenschaft gemacht wird. Herr Reif-Dietzel empfiehlt, als Einstiegsoption ein Klimaschutzkonzept, weil es dazu einen Handlungsleitfaden gibt. Damit weiß man, wo man steht und wo man hinwill. Dieser Prozess ist sehr wertvoll, weil die zivile Gesellschaft und auch die Unternehmen mit einbezogen werden.

Herr Deichmann fragt, wie man praktisch vorgehen müsste, wenn bei der Planung zum Umbau des Vereinshauses zur Kita entschieden wird, ein energetisches Konzept umzusetzen. Herr Reif-Dietzel empfiehlt in diesem Fall die BAFA – Energieberatung für Nichtwohngebäude, man bekäme 80% der Kosten eines Fachplaners gefördert, der dann einen Sanierungsfahrplan erstellt.

Herr Deichmann sagt, er gäbe Herrn Quasdorf recht, dass wenn wir alles aus der eigenen Tasche bezahlen, dann können wir natürlich gleich richtig loslegen, es gehe alles schneller, einfacher und man müsse die ganzen Antrags-Maßnahmen nicht durchführen. Herr Quasdorf ergänzt, dass wir im Fall Umbau des Vereinshauses keine Zeit hätten, umzuplanen, weil die Kita-Plätze dringend benötigt werden. Bei anderen Objekten haben wir bereits Maßnahmen umgesetzt. Bei der Schule und der neuen Kita haben wir bereits ein Energiekonzept, was von der ILB auch gefördert wurde.

Herr Reif-Dietzel sagt auf Anfrage von Herrn Pöschk zum Digitalisierungspakt der Bundesregierung, dass er dazu nichts sagen kann, dass es die Kommunalrichtlinie jedoch seit 12 Jahren gibt und viele Förderbausteine relativ seien überschaubar zu beantragen. Der Antragsteller erhält zudem auch eine Kostenschätzung zur Vorplanung der Maßnahme. Es gebe viele Hilfestellungen bei der Kommunalrichtlinie wie in kaum einem anderen Förderprogramm, wie Beratungshotline der PTJ, Onlinesprechstunde, You-Tube-Videos oder bei Nachbarkommunen nachfragen. Frau Isabell Pöggel, Einwohnerin aus Pätz meldet sich zu Wort: Sie arbeitet seit 10 Jahren beim Projektträger Jülich und kann gerne bei der Antragstellung helfen.

Herr Flieger sagt, dass wir ja eigentlich einen Klimabeauftragten für die Gemeinde suchen und fragt, ob es eine Liste mit selbständigen Büros gebe, die sich auf solche Sachen spezialisiert haben. Herr Reif-Dietzel antwortet, dass es zwei Varianten gibt. 1. Auf der Internetseite Klimaschutz.de im Servicebereich gibt es eine Listung mit

Ingenieur- und Planungsbüros, diese sind ungeprüft und 2. Wir haben auch eine Stellenbörse, wo Kommunen ihre Stelleausschreibung kostenfrei einstellen können.

Herr Flieger fragt speziell, ob für Förderanträge ein Klimaschutzbeauftragter in der Gemeinde angestellt sein muss oder ob es ausreicht, für entsprechende Projekte ein spezielles Ingenieurbüro zu beauftragen. Herr Reif-Dietzel antwortet, dass es keine Basis ist, einen Klimaschutzbeauftragten zu beschäftigen. Fördermittel können immer beantragt werden. Aber zur Erstellung von Klimaschutzprojekten sollte man in der Regel eine Personalstelle ausschreiben und besetzen. Seit 2019 ist es so, dass eine geförderte Personalstelle mit externer Unterstützung ein Klimaschutzkonzept erstellt.

Herr Dr. Weßlau ist nicht überzeugt, weil man warten muss, bis die Förderung durch ist. Das dauere 6 bis 9 Monate. Das könne man nur mit nicht lebensnotwendigen Projekten machen.

Herr Quasdorf schließt damit ab, dass er den Vortrag als Einstiegsvortrag wertet. Er würde sich freuen, wenn wir weiter in Kontakt bleiben. Wir müssen uns weiter damit befassen und er bittet Frau Pöggel von Jülich gerne um Unterstützung. Als erstes wolle man versuchen, mit dem Klimakonzept zu starten.

Herr Flieger sagt, dass die direkte Entwicklung der Gemeinde betrachtet werden muss und die Probleme, die sie zu lösen hat. Derzeit gebe es kein Projekt für eine Förderung.

Herr Reif-Dietzel bedankt sich für die rege Teilnahme.

TOP 5 – Bericht zum Stand über die Umsetzung der Ausschreibung für das Ortsentwicklungskonzept (INSEK) und Diskussion dazu

Herr Deichmann hatte die Verwaltung gefragt, wie viele Planungsbüros sich in der Anfangsphase gemeldet hätten und welche Themenschwerpunkte die Fragen hatten. Herrn Ludwig hatte einen Zeitablaufplan erstellt. Am 06.08.2020 wurde die Veröffentlichung vorgenommen. Es gab die Stufe der Einreichung von Anfragen. Die Beantwortung sollte auch schon erfolgt sein. Und mit Stichtag 16.09.2020 sollte die Versendung der Anforderungen zur Aufgabe eines Angebotes von mindestens 3, maximal 5 ausgewählten Bewerber erfolgen. Die Auswahl der Bewerber erfolgte nach einem Teilnahmewettbewerb. Die Frist zur Einreichung von weiteren Aufklärungsfragen zur Ausschreibung war am 15.09.2020, nach dem 12.11.2020 soll die Prüfung und Wertung der finalen Angebote erfolgen und am 30.11.2020 wird der Zuschlag an ein Planungsbüro erfolgen. Die Wertung erfolgt nach den üblichen Kriterien des Vergabeverfahrens.

TOP 6 – Beschlussempfehlung zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus in der Gemeinde Bestensee

Abstimmung:

JA-Stimmen: 6

NEIN-Stimmen: /

Enthaltungen: /

Die Beschlussempfehlung wird positiv begleitet.

TOP 7 – Aktivpark und Begegnungsstätte für Jung und Alt auf dem Gelände der Paul-Gerhardt-Straße/Ecke Bachstraße

Herr Deichmann zeigt eine Präsentation und ein Video zum Thema Aktivpark. Ziel ist mit der Schaffung eines solchen Parks, dass Bürger jeden Alters dort einen Mittelpunkt finden und sich an diversen Sportgeräten betätigen können. Der Standort wäre ideal, da sich dort unmittelbar auch die Schule, der Sportplatz und die Landkostarena befinden. Weiter befinden sich in der Nähe das Mehrgenerationenhaus, die Naherholung im Glunzbusch, das Steakhaus, das Wohngebiet Fischerei, Wohnen im Wustrocken und man könnte dann entsprechend das Projekt Radwanderweg später mit umsetzen. Sie regen an, vor der Planung Workshops mit allen Einwohnern der Gemeinde durchzuführen. Es soll ein Park werden, den alle Bürger mitgestalten können. Klassen aus der Schule könnten Patenschaften und somit Verantwortung übernehmen.

Herr Flieger sagt, dass nächste Woche ein Treffen an der Landkostarena stattfindet, um die bereits vorhandenen Geräte zu begutachten und festzustellen, inwiefern man dort eine Erweiterung vornehmen kann. Mit einer einfachen Zaunumlegung könne man den Standort öffentlich machen und somit den Aktivpark nutzen. Es kamen auch noch andere Ideen, z.B. auf fest genutzten Joggingrouten vorhandene Geräte aufzustellen.

Herr Quasdorf sagt, man werde an der Schule einen Spielplatz für 80.000 Euro installieren, der bereits ausgeschrieben ist. Herr Dr. Weßlau würde das Thema gern mit in das Ortsentwicklungskonzept mit einbinden und wenn, dann muss es was Ordentliches sein und von der Bevölkerung angenommen werden. Herr Pöschk ergänzt, das wäre ein Konzept, was man langfristig angehen und ggf. auch fördern könnte. Herr Eberst sagt, er habe schon in mehreren Ausschüssen geäußert, dass es im Ortsentwicklungskonzept mit einfließen solle. Ihm sei die Einbeziehung der Bürger ganz wichtig.

Herr Quasdorf sagt, dass die Geräte an der Landkostarena früher öffentlich zugänglich waren (außerhalb des Schulbetriebes). Jetzt soll innerhalb des Schulgeländes ein neuer Zaun errichtet und in der Goethestraße ein Zugang gewährleistet werden, so dass nach Schulschluss und an den Wochenenden die Geräte genutzt werden können.

Abschließend schlägt er vor, den Antrag so abzuändern, dass die Gemeindevertretung konzeptionell an der Erstellung eines Aktivparks arbeitet in Vorbereitung der Haushaltssatzung spätestens 2022.

Abstimmung:

JA-Stimmen: 1

NEIN-Stimmen: 3

Enthaltungen: 1

Die Beschlussempfehlung wird nicht positiv begleitet.

TOP 8 – Nahverkehrsplan LDS 2021 – 2026 – Ideen und Hinweise der Bürger sind gefragt!

Es lag eine Anfrage über den Nahverkehrsplan hinsichtlich der Erweiterung einer Buslinie in die Hintersiedlung vor. Der Nahverkehrsplan wird gerade neu entwickelt. Die Bürgerbefragung ist am 30.05.2020 abgeschlossen. Die Gemeinde könne aber bis Oktober noch dazu Stellung nehmen. Ende des Jahres soll der Nahverkehrsplan fertiggestellt werden. Außerdem gab es im Kreistag einen Beschluss, dass der Regio 22 bis nach Lübben und später bis nach Cottbus erweitert wird. Die Problematik mit einer BUS-Anbindung der Hintersiedlung sei im Landkreis bekannt. Es liege aber keine Lösung vor, weil es kein Wohngebiet ist und keine ausreichende Infrastruktur für Busse und auch kein Wendepunkt vorhanden seien.

Herr Quasdorf sagt, dass es mit der RVS eine Begehung gab, man sei sich grundsätzlich darüber einig, dass eine Eingliederung erfolgt. In der Hintersiedlung ist in der Regel Bauintensität zu verzeichnen. Alle Straßen sind ausgebaut außer die Bahnstraße (Eigentumsproblematik wird derzeit geklärt). Man sei in der Lage, eine der Straßen soweit auszuweiten, dass ein Bus ohne Probleme durchfahren kann. Die Planung und Umsetzung wird jedoch eine Weile dauern. Weitere Idee wäre, nach der Forst die Straße weiter als Radweg auszubauen, der damit den Hofjagdweg kreuzt.

TOP 9 – Einwohnerfragestunde

- Entfällt -

TOP 8 – Sonstiges

- Entfällt -

Die öffentliche Sitzung wird um 21:28 Uhr beendet. Es findet kein nichtöffentlicher Sitzungsteil statt.

Anlagen:

- Präsentation von Herrn Reif-Dietzel


Frank Deichmann
Ausschussvorsitzender


Kathrin Adaszewski
Protokollantin